



### Thüringen gemeinsam voranbringen



Nach der Landtagswahl am 14. September 2014 hat Thüringen eine neue Regierung bekommen.

Erstes sichtbares Zeichen: am 5. Dezember 2014 wurde Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten gewählt. Die erste rot-rot-grüne Koalition in der Bundesrepublik unter Führung eines linken Ministerpräsidenten – mit der knappen Mehrheit von einer Stimme im Parlament. Das bedeutet große Verantwortung, die dadurch wächst, dass es für diesen Wechsel in der Landespolitik viel Unterstützung aus der Bevölkerung, aus Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen gibt. Wir werden sie nicht enttäuschen.

Doch es geht um mehr als den Regierungswechsel. Wir wollen anders regieren. Für uns stehen die Menschen im Mittelpunkt der Politik. Der Koalitionsvertrag trägt bewusst den Titel „Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch“. Wir sind dabei, den Filz aus fast 25 Jahren CDU-Herrschaft aufzubrechen und einen Schlussstrich unter die anti-soziale Politik der letzten Jahre zu ziehen.

Wir müssen und werden beweisen, dass wir stabil regieren und die Gesellschaft positiv verändern können. Im solidarischen Dialog mit den Regierungsmitgliedern vertreten wir als Fraktion den Anspruch auf ein linkes Profil der Regierungspolitik. Und wir brauchen Sie – die Menschen in Thüringen. Wir werben nicht nur vor Wahlen um Sie, sondern verstehen Sie als Partner. Bitte treten Sie mit uns in Dialog. Hinweise für oder sachbezogene Kritik an unserem Regierungshandeln verstehen wir als Anregung. Und natürlich dürfen Sie uns auch unterstützen!

**Susanne Hennig-Wellsow**  
Vorsitzende der Fraktion  
DIE LINKE im Thüringer Landtag

# Mehr soziale Gerechtigkeit, gleiche Bildungschancen

Dem Anfang ging ein Ende voraus. Schon am 16.12.1989, während des Außerordentlichen Parteitags der SED/PDS, betont Michael Schumann eindrucksvoll: „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.“ Diesem antistalinistischen Gründungskonsens fühlt sich von Anfang an der PDS-Landesverband Thüringen verpflichtet, der am 30.6./1.7.1990 aus drei Bezirksverbänden entsteht. Erste Landesvorsitzende wird Gabriele Zimmer.

Es gilt, aus der SED heraus – alles andere wäre ein Herausstellen aus der Verantwortung für ein gescheitertes Sozialismusmodell – eine neue Partei des demokratischen Sozialismus zu entwickeln. Die erzielt am 14. Oktober 1990 bei der ersten Landtagswahl im neuen Bundesland Thüringen 9,7 Prozent und zieht mit neun Abgeordneten in den Landtag ein. Sie war und bleibt eine „Partei von unten“.

der Haushaltsdebatte am 9.3.1995 kritisiert namens der PDS-Fraktion deren Vorsitzende, Ursula Fischer, man halte „die Finanzausstattung der Kommunen und den Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen (...) für unzureichend“.

Das führt zu beleidigenden Zwischenrufen von Politikern, an die sich heute niemand mehr erinnert. Selbst Bernhard Vogel, seinerzeit Ministerpräsident und bald auch Thüringer Schuldenkönig, dessen CDU-Hypothek die Menschen im Freistaat noch Jahrzehnte werden abzahlen müssen, ruft wenig staatsmännisch in den Saal, das sei doch „absoluter Unsinn“.

Dieter Strützel, einer der Initiatoren des „Linken Reformprojekts“ in Thüringen, mahnt im November 1995 einen langen Atem an. Im März 1996 wird Steffen Harzer – heute Landtagsabgeordneter der Fraktion DIE LINKE – zum ersten PDS-Bürgermeister in einer Kreisstadt in Thüringen gewählt, in Hildburghausen.

„Für einen zukunftsfähigen Lebensort Thüringen“ tritt man im Landtagswahlkampf 1999 an. Der PDS geben am 12. September 1999 21,3 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme, das bedeutet, 21 Abgeordnete ziehen in den Thüringer Landtag ein.

Fünf Jahre später, bei den Landtagswahlen am 13. Juni 2004, sind es bereits 26,1 Prozent (28 Abgeordnete). Im Juli 2005 nennt sich der Landesverband in Die Linkspartei.PDS Thüringen um. Seit März 2006 ist Knut Korschewsky Landesvorsitzender (seit 2009 Abgeordneter des Landtags). Im Juni 2007 verschmelzen Linkspartei. PDS und WASG zur Partei DIE LINKE. In den Landtagswahlkampf 2009 zieht DIE LINKE mit einem „Regierungsprogramm“. Die beiden wichtigsten Leitprojekte sind „Mehr soziale Gerechtigkeit“ und „Gleiche Bildungschancen“. Sie eringt am 30. August 2009 27,4 Prozent (27 Abgeordnete). Der Politik- und Regierungswechsel scheidet



Bald werden es 25 Jahre, dass die PDS bzw. DIE LINKE im Thüringer Landtag, also von Anfang an, vertreten ist.

Zog sie im Oktober 1990 mit neun Abgeordneten ein, so waren es bei den Landtagswahlen 2004 bereits 28 Abgeordnete.

Aus dem Archiv der Linksfraktion zwei Vorstellungsbroschüren der Abgeordneten.



Im Folgejahr plädiert die „Erfurter Erklärung“ mit Akteuren aus Thüringen, wie Bodo Ramelow, Edelbert Richter oder Frank Spieth, für eine andere Politik. Neuer Landesvorsitzender wird im Dezember 1998 Dieter Hausold – seit 2004 Mitglied des Thüringer Landtages und von 2005 bis 2009 Fraktionsvorsitzender. Gabi Zimmer wird im Jahr 2000 zur Bundesvorsitzenden der Partei gewählt, zuvor war sie von 1990 bis 2004 Landtagsabgeordnete in Thüringen und von 1999 bis 2000 Fraktionsvorsitzende im Landtag.

noch an der SPD. Doch DIE LINKE stellt nach der Kommunalwahl 2012 erstmals drei Landrätinnen und eine Oberbürgermeisterin. Im November 2013 wird Susanne Hennig Landesvorsitzende und im Dezember 2014 Fraktionsvorsitzende. Bei der Landtagswahl am 14. September 2014 eringt DIE LINKE in Thüringen mit 28,2 Prozent (28 Abgeordnete) ihr bisher bestes Ergebnis, am 5. Dezember 2014 wird Bodo Ramelow zum ersten Ministerpräsidenten der Partei gewählt.

# Wird es endgültige Klarheit geben?

NACHGEFRAGT bei MdL Katharina König (LINKE), Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags

**Der Thüringer Landtag hat einen zweiten Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der NSU-Verbrechen und zur Verantwortung der Behörden eingesetzt. Warum war das notwendig?**

Im vergangenen Sommer haben die Landtagsfraktionen den gemeinsamen Abschlussbericht des damaligen Untersuchungsausschusses vorgelegt, der aber mit dem Ende der Legislatur noch viele offene Fragen hatte. Wir sind es vor allem den Angehörigen der Opfer des „Nationalsozialistischen Untergrunds“, der seinen Ausgang in Thüringen nahm, schuldig, diese zu beantworten und die Aufklärung mit Blick auf den Thüringenbezug voranzutreiben.

**Worauf richtet der neue Ausschuss sein besonderes Augenmerk?**

Es geht um drei größere Komplexe. Zum einen der 4.11.2011 in Eisenach, der Tag, an dem Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt tot im Wohnmobil aufgefunden wurden, und die Fragen, die sich rund um die sogenannte Selbstenttarnung des NSU ergeben, sowie die Tage, bis sich Beate Zschäpe der Polizei stellte. Für das Thema hatten wir in der letzten Legislatur kaum Zeit. Dazu haben sich so viele Widersprüche aufgetan, von denen wir der Meinung sind, dass sie geklärt werden müssen, auch um Verschwörungstheorien entgegen zu wirken, die sich rund um den 4.11.2011 stricken.

Dann müssen wir mehr Erkenntnisse zum Mordfall Michele Kiesewetter bekommen. Wurde sie als Vertreterin des Staates getötet oder gibt es weitere mögliche Motive für ihre Ermordung? Wir hoffen in diesem Zusammenhang auch auf Ergebnisse des Untersuchungsausschusses in Baden-Württemberg, die wir verwerten können. Der dritte Komplex beinhal-

tet u.a. das Unterstützernetzwerk des NSU sowie die möglichen Verbindungen zur Organisierten Kriminalität (OK). Wir ziehen neue Aktenkonvolute bei, die bisher noch gar keine Rolle gespielt haben. Die Spezifik in Thüringen ist, dass sich das Neonazi-Milieu in den 90er Jahren zum Teil überschneidet mit dem Milieu der Organisierten Kriminalität. Sehr wahrscheinlich ist der Weg der Tat- und Mordwaffe des NSU über OK-Strukturen erfolgt.



Am 4. Juni startete der zweite Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss mit Zeugenbefragungen. (Katharina König im Foto r.).

**Dabei geht es vor allem um Fragen, die zu den Unterstützernetzwerken führen!**

Wir gehen davon aus, dass das NSU-Kerntrio von einem Unterstützernetzwerk umgeben war, welches nicht nur die beim Prozess in München Angeklagten umfasst, sondern mindestens 200 Personen. Darunter - bisher bekannt - 42 V-Leute diverser Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes. Und da wollen wir nochmal ran. Mit großer Wahrscheinlichkeit gab es auch in Thüringen weitere V-Leute, die bisher noch keine Rolle gespielt haben, die aber Kontakt zum NSU und seinem Umfeld hatten. Da

kommen wieder die klassischen Fragen nach der Rolle des Verfassungsschutzes, der Polizei aber auch der Staatsanwaltschaften. Wie tief steckte der VS drin, wieso hat die Staatsanwaltschaft nicht viel eher Haftbefehle erstellt gegen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe, inwieweit wurde die Arbeit der Polizei behindert, hat die Polizei Fehler in den Ermittlungen gemacht? Darüber hinaus gibt es viele Widersprüche zwischen den Erkenntnissen hier in Thüringen und

zesses und der anderen Untersuchungsausschüsse in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Sachsen.

**Aber wie soll all das zusammengeführt und umfassend aufgeklärt werden?**

Das Hauptproblem ist: Das kann im Kopf keiner mehr zusammenhalten. Es müsste definitiv wieder einen Bundesuntersuchungsausschuss geben - Stichwort: ungeklärte Todesfälle von Zeugen -, und es müsste in jedem Bundesland, in dem es einen Mord gab, ein Untersuchungsausschuss eingerichtet werden, also in Mecklenburg-Vorpommern, die bisher keinen hatten, oder Bayern, die erneut einen einsetzen sollten. Was ebenso fehlt sind die Länder, in denen nachweisbare Unterstützernetzwerke waren, also bspw. Brandenburg und Niedersachsen.

**Wird es endgültige Klarheit geben können?**

Es wird wahrscheinlich nie komplett aufgeklärt werden. Wir haben eine Chance von 60, 70 Prozent, aber es wird uns immer ein großer Teil fehlen, weil Akten geschreddert wurden, weil Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörden an um sich greifender Amnesie leiden, wenn es darum geht, sich zu erinnern, was vor 15, 20 Jahren war und was sie damals gemacht haben. Dazu kommen die Nazis, die im NSU-Prozess lügen und für die das keine Konsequenzen hat. Und was das V-Leute-Desaster betrifft, da zieht eigentlich nur Thüringen bisher die richtigen Konsequenzen mit dem Abschalten der V-Leute im Neonazi-Bereich - keine Gelder mehr in die Nazi-Szene, keine Informationen, keine Straffreiheit, all das, was auf Bundesebene mit einem Gesetzentwurf jetzt noch einmal manifestiert werden soll.

Für die Beantwortung der Fragen dankt Annette Rudolph

## ABGEORDNETE DER FRAKTION

**Berninger, Sabine:** Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, Sprecherin für Justizpolitik

**Bleeschmidt, André:** Parlamentarischer Geschäftsführer, Medienpolitischer Sprecher

**Dittes, Steffen:** Innenpolitischer Sprecher, Vorsitzender des Innen- und Kommunalausschusses im Thüringer Landtag

**Engel, Kati:** Sprecherin für Ausbildung, Kinder- und Jugendpolitik

**Hande, Ronald:** Mitglied im Petitionsausschuss

**Harzer, Steffen:** Sprecher für Energie-, Landesentwicklung und Landesplanung

**Hausold, Dieter:** Wirtschaftspolitischer Sprecher

**Hennig-Wellsov, Susanne:** Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE

**Huster, Mike:** Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher



**Jung, Margit:** Landtags-Vizepräsidentin, familienpolitische Sprecherin

**Kalich, Ralf:** Sprecher für Kommunalfinanzen

**König, Katharina:** Sprecherin für Antifaschismus, Netzpolitik und Datenschutz

**Korschewsky, Knut:** Sport- und Tourismuspolitischer Sprecher

**Kräuter, Rainer:** Gewerkschaftspolitischer Sprecher

**Kubitzki, Jörg:** Gesundheits- und Europapolitischer Sprecher, Vorsitzender des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien im Thüringer Landtag

**Kummer, Tilo:** Sprecher für Umwelt und Forsten, Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Energie und Naturschutz im Thüringer Landtag

**Kuschel, Frank:** Kommunalpolitischer Sprecher

**Leukefeld, Ina:** Sprecherin für Arbeitspolitik

**Lukasch, Ute:** Wohnungspolitische Sprecherin

**Lukin, Dr. Gudrun:** Sprecherin für Verkehr und Infrastruktur

**Martin-Gehl, Dr. Iris:** Mitglied im Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

**Mitteldorf, Katja:** Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Kulturpolitische und Religionspolitische Sprecherin

**Müller, Anja:** Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung

**Schaft, Christian:** Wissenschafts- und Hochschulpolitischer Sprecher

**Scheringer-Wright, Dr. Johanna:** Sprecherin für Agrarpolitik und regionale Entwicklung

**Skibbe, Diana:** Sprecherin für Verbraucherschutz

**Stange, Karola:** Sprecherin für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik, Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses im Thüringer Landtag

**Wolf, Torsten:** Bildungspolitischer Sprecher



# Ein Schritt in die richtige Richtung

Eine Debatte zum Mindestlohn hatte es auf Antrag der CDU-Fraktion am 28. Mai im Thüringer Landtag gegeben. Die Mindestlohnregelung solle unbürokratischer gestaltet werden, lautete die Forderung. Dazu ergriff die arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ina Leukefeld, das Wort. Die LINKE sei froh über den Schritt nicht groß genug ist, weil es noch so viele Ausnahmen gibt und auch 8,50 Euro letztendlich nicht vor Altersarmut schützen werden, glauben wir dennoch, dass es ein Schritt in die richtige Richtung ist“.

fen. Es gibt ja auch Unternehmensberater und Schulungen, die gute Tipps, übrigens auch für Geld, verkaufen, was man tun könnte. Ich meine, es wäre besser gewesen, so viel Energie und Zeit auf die Umsetzung zu konzentrieren. Da wären wir vielleicht schon ein Stück weiter“. Um den Mindestlohn zu unterlaufen, würde z.B. die Arbeitszeit gekürzt, „dass also die

geld und dessen Anrechnung auf den Gesamtverdienst. Ich kann zu diesen Fakten sagen, sie sind alle rechtswidrig, und da gibt es auch schon die ersten Urteile.“

Die Einführung des Mindestlohns in Deutschland habe der Wirtschaft eben keinen Abbruch getan. Die Abgeordnete zitierte aus der Süddeutsche Zeitung v. 21. Mai, wo es unter der Überschrift „8,50 Euro Mindestlohn – na und?“ hieß: „Der Zeitpunkt für den Startschuss hätte kaum besser ausgewählt werden können: Die Wirtschaft floriert, Produkte made in Germany sind nach wie vor weltweit gefragt, viele Unternehmen brauchen mehr Mitarbeiter. Dies hat dazu beigetragen, dass der Mindestlohn bis April den Beschäftigungsboom nicht abgewürgt hat.“ Im Gegenteil.

## Anzahl der Minijobber gesunken

Forderungen der CDU, bei den sogenannten Minijobbern die Aufzeichnungs- und Kontrollpflicht ganz aussetzen, lehnte Ina Leukefeld ab: „Wir sagen auch dazu Nein, weil es unbedingt nötig ist, dass da kontrolliert wird. Nach Aussage der Minijobzentrale sank die Zahl der auf 450-Euro-Basis Beschäftigten im gewerblichen Bereich in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 237.000, das sind 3,5 Prozent, auf etwa 6,6 Millionen bundesweit und auch in Thüringen ist die Anzahl der Minijobber besonders deutlich gesunken.“

„Ich sage Ihnen, das freut mich, weil Minijobber im Grunde genommen von dem, was sie verdienen, nicht leben können. Die Wenigsten machen das als Zweitjob während sie einen anderen Volljob haben. Wenn dafür sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden, ist das ebenfalls eine gute Botschaft“, betonte die LINKE-Politikerin. ■



Die Koalitionsfraktionen hatten mit einer Aktion im April am Landtag auch auf die noch immer bestehende Lohnlücke zwischen Männern und Frauen aufmerksam gemacht.

gleiche Arbeit in weniger Zeit zu realisieren ist. Dann haben die Betroffenen also keinen Cent mehr von der Einführung des Mindestlohns“.

Oder es gebe „Veränderungen bei den Arbeitsaufgaben, wo in der gleichen Arbeitszeit eben mehr getan werden muss“. Ina Leukefeld erinnerte insbesondere an das Reinigungsgewerbe. „Es gibt aber auch Kürzungen von Weihnachts- und Urlaubs-

Beim im März stattgefundenen ersten Mindestlohngipfel der rot-rot-grünen Landesregierung wurde klar herausgestellt, „dass Arbeitszeiten zu dokumentieren sind und dass das eine Selbstverständlichkeit sein muss, um den Mindestlohn tatsächlich umzusetzen. Wer mehr Arbeit nicht bezahlen will, wehrt sich gegen diese Dokumentationspflicht, denn ansonsten ist sie auch unabhängig vom Mindestlohn notwendig.“

## Wo bitte schön ist das Problem?

Außerdem mache der Gesetzgeber „eigentlich keine Vorschriften zur Aufzeichnungspflicht und im Übrigen kann der Arbeitgeber diese Pflicht auch auf die Arbeitnehmer übertragen. Insofern sage ich: Wo bitte schön ist das Problem?“, betonte Ina Leukefeld. Nicht zu unterschätzen seien auch die Auswirkungen des Mindestlohns „auf die Lohnentwicklung insgesamt, weil auch diejenigen, die mehr verdienen, nachgezogen werden, auch diese Lohnentwicklung ist richtig und ist gewollt. Sie kennen auch die Gründe – ob das Kaufkraft stärken ist, Lebensqualität verbessern, Armut verhindern“. Dies sei wichtig, „um endlich aus dem Niedriglohnbereich rauszukommen. Viele Unternehmen und Handwerker unterstützen das auch“. Allerdings gebe es „durchaus Versuche von Unternehmen, den Mindestlohn zu unterlau-

## KURZ UND PRÄGNANT

### Landeserziehungsgeld:

Der Bildungspolitiker der Linksfraktion, Torsten Wolf, hat die Vorwürfe der CDU, die Koalition umgehe mit der Abschaffung des Landeserziehungsgeldes den Bürgerwillen, zurückgewiesen. Im Rahmen einer Studie zum Thüringer Erziehungsgeld sei von den Wissenschaftlern ausdrücklich formuliert worden, man finde „keine Evidenz, dass zweijährige Kinder von der Einführung des Betreuungsgeldes profitieren“. Nachteile in der frühkindlichen Erziehung haben nach einhelliger Expertenmeinung langfristig negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder bis ins Erwachsenenalter. Die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes und die Verbesserung der Kita-Betreuung erfülle zudem die überwiegenden Erwartungen der Eltern und Träger an eine gerechte frühkindliche Bildungspolitik.

### Hochschulen:

Nach Ansicht des LINKE-Abgeordneten Christian Schafft zeigen die Thüringer Hochschulen exemplarisch, wie sehr Frauen noch immer durch die so genannte „gläserne Decke“ an gleichberechtigten Karrierewegen gehindert sind. „Mehr junge Frauen als Männer meistern erfolgreich das Abitur und beginnen im Anschluss ein Studium. Aber schon bei den Promovierenden und Habilitierenden sind sie dann in der Unterzahl und Professorinnen müssen auch heute noch in einigen Fachbereichen fast mit der Lupe gesucht werden.“ Ziel der Koalition sei es insbesondere den Aufstieg von Frauen in die Professur sicherzustellen.

[www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/](http://www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/) ■

## NACHRICHTEN

### Datenspeicherung

Katharina König, Sprecherin für Netzpolitik der Linksfraktion, begrüßt die eindeutige Äußerung des Justizministers Dieter Lauinger zur Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung. „Thüringen zeigt, dass Vernunft und Sachverstand nicht nur im Koalitionsvertrag festgehalten wurden, sondern auch mit solchem regiert wird. Alle bisherigen Erkenntnisse lassen nur einen Schluss zu: die Vorratsdatenspeicherung, egal welchen Namens, muss verhindert werden und gehört abgelehnt.“ Im Koalitionsvertrag hatte sich Rot-Rot-Grün nicht nur auf eine Ablehnung, sondern auch auf die Ausschöpfung jeglicher gesetzlicher und gerichtlicher Mittel zur Verhinderung der Vorratsdatenspeicherung verständigt. Die LINKE hatte sich von Anbeginn gegen Maßnahmen zur Massenüberwachung ausgesprochen. ■



Thüringer Schülerinnen am Mädchenzukunftstag zu Gast in der Linksfraktion. „Für die LINKE ist der Girls' Day eine weitere und gute Gelegenheit, in Gesprächen mit Landespolitikerinnen Mädchen und Jungen zu sensibilisieren für die Themen Chancengleichheit und Geschlechtergleichstellung. Dabei gehen die rot-rot-grüne Landesregierung mit ihren fünf Ministerinnen und die Landtagsfraktion mit ihren Abgeordneten (14 Frauen, 14 Männer) sowie der Fraktions- und Parteivorsitzenden mit gutem Beispiel voran“, betonte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. ■

## TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die nächsten Landtagssitzungen finden statt vom 8. bis 10. Juli und vom 9. bis 11. September.

### Demokratietagung:

Tagung „Demokratie ist kein Sofa“ zum Ausbau der direkten Demokratie in den Kommunen am Dienstag, den 23. Juni, ab 14 Uhr im Landtag, Raum, F 101.

### Thüringentag:

Zum Thüringentag in Pöbbeck vom 26. bis 28. Juni präsentiert sich die Linksfraktion im Rahmen der Politikmeile am Marktplatz.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:  
[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

# Mit einer Million Euro rasch und konkret geholfen

Vor 20 Jahren, im Frühjahr 1995, gründeten die PDS-Landtagsabgeordneten den Verein Alternative 54 Erfurt – in Reaktion auf den im Artikel 54 der Landesverfassung festgelegten Diäten-Automatismus. Monat für Monat spenden seither die Abgeordneten der PDS bzw. der LINKEN einen Teil ihrer Diäten und geben sie über den Verein an gemeinnützige Projekte im sozialen, kulturellen und Sport-Bereich in Thüringen weiter. Mit den Spendengeldern kann rasch und unkompliziert geholfen werden, mitunter sogar die einzige Möglichkeit, um Projekte am Leben zu erhalten.

Auf Einladung von Bodo Ramelow, Thüringer Ministerpräsident und langjähriges Mitglied der Alternative 54, konnte der Verein seine Jubiläumsveranstaltung in der Staatskanzlei begehen. Unter den Gästen war auch der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, Gregor Gysi, der sowohl die Gründung als auch die Entwicklung der Alternative 54 Erfurt e.V. als beispielhaft bezeichnete für die LINKE in den anderen Länderparlamenten und im Bundestag, wo die Fraktion einen ähnlichen Verein gegründet hat.

Bodo Ramelow betonte, der Verein habe sich in den 20 Jahren seines Wirkens in die Gesellschaft hinein hervorragend entwickelt und die enorme Summe von einer Million Euro seither zusammengebracht. Es sei gut angelegtes Geld, dort zu helfen, wo andere sich ehrenamtlich engagieren. Die Ministerin Dr. Birgit

Klaubert (LINKE) unterstrich als Gründungsmitglied des Vereins die nach wie vor gültige Motivation, sich nicht nur in Worten gegen die unsoziale Selbstbedienungsmentalität zu wenden, sondern durch konkretes



Ein kleine Auswahl der „Alternative“-Unterstützung der letzten Wochen: Abgeordneten der LINKEN übergaben Spenden für die Durchführung der Internationalen Studentenwoche an der TU Ilmenau, für eine internationale Jugendbegegnung des Landesjugendwerk der AWO Thüringen in Eisenach, an den BUND, Kreisverband Schmalkalden-Meinungen, für ein Nachhaltigkeitsprojekt mit Kindern sowie in Jena für das Projekt „Blickpunkt Auge“, das Menschen mit Sehbehinderung hilft.



Handeln. Sie erinnerte, wie die Fraktion, der sie damals als Vorsitzende vorstand, für eine Diätenregelung, orientiert an den tatsächlichen Lebensverhältnissen der Menschen in Thüringen, gekämpft hatte. Die von der PDS geführte Klage vor dem Lan-

desverfassungsgericht war nicht erfolgreich, aber wenigstens konnten die großzügigen Altersentschädigungen für Abgeordnete korrigiert werden. Sie habe „den Verdacht, dass wir hier feiern können, hat auch mit



der Alternative 54 zu tun“. Sie „konterkariert die Selbstbedienungsmentalität auch von Politikern“. Vereinsvorsitzende und LINKE-Abgeordnete Diana Skibbe machte die Bandbreite der Spenden an bisher 2.673 gemeinnützige Projekte deutlich: „Kleine und große Vereine, Selbsthilfegruppenarbeit. Sport, Kultur, Bildung und Erziehung, Sozialprojekte. Allen ist eines jedoch gemeinsam, sie sind lebenswichtig für ein solidarisches Miteinander, für eine gute und bürgerfreundliche Gesellschaft. Und sie erfahren die öffentliche Anerkennung, die sie für ihr ehrenamtliches Engagement verdienen. Deshalb gilt ihnen unser Dank. Die Alternative 54 Erfurt e.V. wird auch weiterhin ein guter Partner für sie sein.“



## Transparenzregister für Thüringer Landtag

„Nachdem im Nachbarland Sachsen-Anhalt der Landtag ein sogenanntes Lobbyregister eingerichtet hat, in dem sich Verbände zwecks Berücksichtigung bei Anhörungen des Parlaments registrieren lassen können, sollte auch die Diskussion in Thüringen um mehr Transparenz in der Parlamentsarbeit, vor allem hinsichtlich der Beteiligung Außenstehender an Erarbeitung und Beratung von Gesetzesinitiativen, wieder intensiviert werden“, so LINKE-Abgeordneter Knut Korschewsky.

Die Fraktion schlägt die Schaffung eines Transparenzregisters beim Landtag vor. Darin sollen, bezogen auf das konkrete Vorhaben, alle Vereine, Verbände und Einzelpersonen aus dem außerparlamentarischen Bereich verzeichnet werden, die z.B. in der Erarbeitungsphase oder als Anzuhörende beteiligt sind. „Ein solches Transparenzregister legt offen, wer in der parlamentarischen Diskussion Einfluss genommen hat auf Inhalt und Ausgestaltung von Gesetzes- und anderen Initiativen. Diese Offenheit stärkt das Vertrauen und die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger in

die Arbeit des Parlaments. Vor allem aber schützt das Register vor verdeckter und damit undemokratischer Einflussnahme (Stichwort ‘Lobbying’) auf Beratungsprozesse und Ergebnisse von Parlamentsarbeit“, betonte der Abgeordnete.

Er bezeichnete es als „sehr wichtig“, dass die Offenlegung der Beteiligung und damit die Eintragung in das Register verpflichtend sind. „Nur dann ergibt sich ein zutreffendes Bild der Tatsachen.“ Knut Korschewsky kündigte an, dass sich die Fraktion auch vorstellen kann, ihre bisher in einem LINKE-Entwurf für ein Thüringer Antikorruptionsgesetz – in der vergangenen Wahlperiode beraten, aber von der CDU-geführten Landtagsmehrheit abgelehnt – enthaltenen Vorschläge für ein solches Transparenzregister als eigenständige Initiative in die öffentliche Diskussion zu bringen. „Thüringen sollte der Entwicklung in anderen Bundesländern nicht hinterherhinken und auch sich trauen, eine noch verbindlichere Lösung zu wählen als es zum jetzigen Zeitpunkt der Landtag in Sachsen-Anhalt getan hat.“

## Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

### Fremdschämen

Es gibt Menschen, für deren Auftreten man sich fremdschämt.

In meinem Fall sind das die Kunstfigur „Cindy aus Marzahn“ und der CDU-Bundestagsabgeordnete Tankred Schipanski (beide grinsen sogar ähnlich). Bei der Erstgenannten kann ich natürlich umschalten, wenn sie auf dem Fernsehschirm auftaucht, bei Letzterem könnten mir die Kapriolen schnuppe sein. Wenn nur nicht dieser Gedanke wäre: hoffentlich glaubt niemand, wir sind in Thüringen alle so!

Schipanski ist einer der typischen CDU-Klone mit auswechselbarem Profil: Junge Union, CDU, Jura-Studium, Rechtsanwalt, Abgeordneter, Rotary-Club. Das ungewöhnlichste ist der Vorname Tankred. Für den könnte er wohl die Eltern mit Aussicht auf Erfolg verklagen. Wird er aber nicht: er ist sozusagen Spross einer lokalen CDU-Dynastie.

Der eine oder andere erinnert sich (oder nicht): eine Frau Schipanski wurde anno dunne als parteilose Zählkandidatin von CDU und CSU für das Amt der Bundespräsidentin aufgestellt. Klar war, Johannes Rau (SPD) würde gewinnen. Für Frau Schipanski sprang ein Amt in der Landesregierung von Bernhard Vogel heraus (später war sie Landtagspräsidentin). CDU-Mitglied wurde sie auch. Das war die Mama.

Tankred ist der Sohn. Und mitteilungsbedürftiger Bundestagsabgeordneter. Mit Beiträgen in den sozialen Netzwerken, die zwischen gruselig und quartalsirre anmutend oszillieren. Nach ihm ist schon ein Preis benannt, der „Schipanski des Tages“, verliehen von einem Kreistagsmitglied der Piraten aus Gotha.

Beispiel gefällig? Schipanski bei Twitter (19. Mai): „Klare Worte in Fraktionssitzung: Nachrichtendienste sorgen für Sicherheit der Menschen in unserem Land. Attacken der Opposition unbegründet.“ Und dieser Kerl sitzt im NSA-Untersuchungsausschuss...

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.